

ver.di OV Schaumburg

Bundestagswahlen 2021: Fragen an Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlkreis 40 Nienburg II-Schaumburg

Die Antworten von Katja Keul

1) Jede*r 10. erreicht nicht das Rentenalter! Wie stehen Sie zur Erhöhung des Renteneintrittsalters und der Sicherung des Rentenniveaus?

Ein höheres Renteneintrittsalter für alle lehnen wir ab. Ein spätere Renteneintritt soll nur auf freiwilliger Basis ermöglicht werden. Eine Teilrente ab dem 60. Lebensjahr soll den Verbleib am Arbeitsplatz ermöglichen. Gerade besonders belastete Beschäftigte benötigen Unterstützung beim Ausgleich der finanziellen Abschlüsse auf die Rente. Wer erst später in Rente gehen will oder erst mal eine Teilrente in Anspruch nehmen und noch Teilzeit weiterarbeiten möchte, für den soll es leichter werden, Teil-Rente und Erwerbseinkommen zu kombinieren. Unser Antrag "Flexible und sichere Rentenübergänge ermöglichen": 1805212 (bundestag.de)
<<https://dserver.bundestag.de/btd/18/052/1805212.pdf>>

2) Wie wollen Sie Altersarmut infolge prekärer Beschäftigungsverhältnisse (Mindestlohn) im Hinblick auf dadurch sinkende Rentenansprüche verhindern?

Wir haben uns in den vergangenen Jahren immer wieder in zahlreichen parlamentarischen Initiativen gegen Altersarmut allgemein und besonders infolge prekärer Beschäftigungsverhältnisse eingesetzt. Vier dieser Initiativen möchte ich hier nennen, die auch die Sicherung des Rentenniveaus (Frage 1) betreffen:

* Das gesetzliche Rentenniveau ist dauerhaft stabil zu halten.

<<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/120/1812098.pdf>>

* Eine bessere Unterstützung von Geringverdiener*innen. Diese wollen wir mit einer arbeitgeberfinanzierten Mindestbeitragsbemessungsgrundlage besser unterstützen und sicherstellen, dass sie im Alter eine auskömmliche Rente erhalten.

<<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/272/1927213.pdf>>

* Unternehmen sollen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausnahmslos eine Betriebsrente anbieten

<<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/103/1810384.pdf>> .

* Die Förderung der privaten Vorsorge soll für Neuverträge stärker auf Geringverdienende ausgerichtet werden

<<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/073/1807371.pdf>> .

Altersarmut infolge prekärer Beschäftigungsverhältnisse kann aber letztlich nur an der Wurzel bekämpft werden. Deshalb muss der Mindestlohn deutlich steigen.

Wir streben eine Bürgerversicherung an, in die perspektivisch auch Beamtinnen und Beamte, Abgeordnete, sowie Freiberuflerinnen und Freiberufler integriert werden. Mit einem einfachen, kostengünstigen und sicheren Basisprodukt soll die private und betriebliche Vorsorge einfacher werden. Die Rahmenbedingungen sollen so verändert werden, dass Frauen sich im Beruf genauso verwirklichen und sich eine eigene Alterssicherung aufbauen können wie Männer. Wir wollen Menschen mit niedrigen Rentenansprüchen in der gesamten Bundesrepublik unterstützen - unabhängig davon ob sie in Ost- oder Westdeutschland wohnen. Dazu entwickeln wir die Grundrente zu einer Garantierente weiter. Benachteiligte Gruppen, wie die ehemaligen Bergleute in der

ostdeutschen Braunkohleveredelung, Geschiedene und DDR-Flüchtlinge sollen gesondert unterstützt werden.

Mit einer Reihe von Maßnahmen müssen weiterhin akute Gefährdungen durch Altersarmut bekämpft werden. Aus meiner Sicht sind dafür unsere parlamentarischen Initiativen sehr gut geeignet:

* Eine Garantierente soll langjährig Versicherte vor Armut im Alter schützen [<https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/092/1909231.pdf>](https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/092/1909231.pdf) .

* Wer aus rein medizinischen Gründen eine Erwerbsminderungsrente bezieht, darf nicht durch Abschlüsse bestraft werden [<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/272/1927213.pdf>](https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/272/1927213.pdf) .

* Die Grundsicherung im Alter muss auf einen Betrag angehoben werden, der Teilhabe tatsächlich ermöglicht [<https://dserver.bundestag.de/btd/19/257/1925706.pdf>](https://dserver.bundestag.de/btd/19/257/1925706.pdf) .

3) Wie stehen Sie zum Trassen nahen Ausbau der ICE-Strecke Hannover - Bielefeld?

Wollen Sie eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Bahnstrecke Hannover - Löhne mit den Folgen für die Infrastruktur?

Ich befürworte einen Trassen nahen Ausbau. Vom Bundesverkehrsministerium erwarte ich klare Aussagen über die Präferenz der Varianten und eine transparente und nachvollziehbare Planungsgrundlage. Klar ist, dass wir insgesamt mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern müssen um die Klimaziele zu erreichen.

4) Gleiche Arbeit, gleiches Geld! Wie stehen Sie dazu?

Ich bin natürlich sehr dafür und kann mir wirklich nicht vorstellen, was es dagegen einzuwenden gäbe. Die Realität zeigt aber hier besonders drastisch, dass Vernunft auch politisch gewollt sein muss und durchgesetzt werden muss.

Frauen werden selbst bei gleicher Qualifikation, Erfahrung und Tätigkeit im Schnitt um sieben bis acht Prozent schlechter bezahlt als Männer. Es ist unerträglich, dass dieses Unrecht im Jahr 2021 immer noch besteht. Die Lohnlücke hat sich im Vergleich zu den vergangenen Jahren nur unwesentlich verringert. Bei diesem Tempo bedeutet das, dass Frauen noch Jahrzehnte warten müssten, um gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu erhalten. Deshalb fordere ich wie meine Partei ein Verbandsklagerecht im Entgeltgleichheitsgesetz.

5) Wie steht Ihre Partei zum Thema Mindestlohn und welche Höhe sollte er aus Ihrer Sicht haben?

Wir sind für den Mindestlohn und fordern aktuell eine Anhebung auf 12 Euro. Auch dies haben wir in einem Antrag in den Bundestag eingebracht: Mindestlohn erhöhen, durchsetzen und die Mindestlohnkommission reformieren Drucksache 19/22554 (bundestag.de) [<https://dserver.bundestag.de/btd/19/225/1922554.pdf>](https://dserver.bundestag.de/btd/19/225/1922554.pdf)

6) Wie stehen Sie zu Tarifbindung und dass öffentliche Aufträge nur an Tarifgebundene Unternehmen vergeben werden?

Ich bin absolut dafür. Gerade im öffentlichen Bereich müssten wir doch soweit denken können, dass Niedriglöhne letztendlich keine Einsparungen bringen sondern zukünftige Belastungen des Sozialsystems bedeuten.

7) Wie lässt sich aus Ihrer Sicht eine qualitativ hochwertige Pflege für die Zukunft gewährleisten?

Bedarfsgerechte Personalbemessung, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gute Löhne über gute Tarifverträge, mehr eigenverantwortliches Arbeiten von Fachkräften und Abbau unnötiger Bürokratie - damit wollen wir Arbeitsbedingungen schaffen, unter denen viele Menschen - ganz neu, weiter oder wieder - gerne in der Pflege arbeiten. Ausbildung, Selbstorganisation und Einflussmöglichkeiten der professionellen Pflege und ihrer Strukturen auf Bundesebene sollen gestärkt werden, durch eine Bundespflegekammer und starke Mitspracherechte in Entscheidungsgremien. Eine solidarische Pflege-Bürgerversicherung sorgt dafür, dass sich alle mit einkommensabhängigen Beiträgen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.

8) Wie wollen Sie die Umsetzung des Kita-Gesetzes gewährleisten, wenn schon zum jetzigen Zeitpunkt eine Personallücke besteht?

Um den Mangel an pädagogischen Fach- und Lehrkräften mit gut qualifiziertem Personal nachhaltig bewältigen zu können, wollen wir mit einem Bund-Länder-Programm hochwertige Quereinstiegsbildung fördern, bestehende Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote stärken und gemeinsame Qualitätsstandards sichern.

9) Wie soll die Energiewende stattfinden und was wird es die Bürger*innen kosten? Welche Entlastungen können Sie sich für sie vorstellen?

Wir wollen eine Energiewende, bei der alle mitmachen können - Mieter*innen wie Hausbesitzer*innen. Um die erneuerbare Stromerzeugung vor Ort für alle zu stärken, wollen wir Solardächer fördern und zum Standard machen. Beginnend mit Neubauten, öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie Dachsanierungen wollen wir diesen Standard perspektivisch auf den Bestand ausweiten. Leasing- und Pachtmodelle sind denkbar, um die Installierung der Anlagen für möglichst viele erschwinglich zu machen. Wir wollen außerdem die Mieterstrom-Regeln vereinfachen, damit Mieter*innen verstärkt vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren können. Außerdem werden wir Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks besonders fördern und die Kommunen an den Einnahmen aus den Erneuerbaren-Anlagen beteiligen. Um den Umstieg auf erneuerbare Energien zu fördern und den CO₂ Ausstoß zu mindern wird es auch eine Verteuerung von Wärme und Kraftstoff geben müssen. Diese Mehreinnahmen wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern pro Kopf zurück zahlen, um die Belastungen sozial gerecht zu verteilen. So erhalten gerade Familien mit Kindern mehr Geld zurück als Gutverdiener, die in der Regel mehr CO₂ verursachen als ärmere Menschen.

10) Wie stehen Sie zu der notwendigen öffentlichen Investitionsoffensive im Zusammenhang mit der Schuldenbremse?

Wir investieren zu wenig in unser Land, besonders beim Klimaschutz sind erhebliche Kraftanstrengungen von Staat und Privat notwendig. Nicht getätigte Zukunftsinvestitionen sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand und die Tragfähigkeit gefährden. Wir wollen in diesem Jahrzehnt pro Jahr 50 Milliarden Euro zusätzlich investieren. So gelingt die

sozial-ökologische Transformation, so schaffen wir nachhaltigen Wohlstand und sichern die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Um diese zusätzlichen Investitionen zu ermöglichen, wollen wir die Schuldenregel reformieren und um eine Investitionsregel ergänzen. Nettoinvestitionen, also zusätzliches öffentliches Vermögen, soll kreditfinanziert werden können. Hierzu setzen wir ausdrücklich auf die Refinanzierung durch Green Bonds. Green Bonds bedeuten gleichzeitig, dass sehr transparent über die Wirkung der Ausgaben berichtet werden muss (Impact Reporting).

11) Sollen Vermögen und Unternehmen stärker besteuert werden? Wenn ja, wie?

Die Vermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt. Deshalb wollen auch wir große Vermögen wieder besteuern. Dabei bevorzugen wir die Einführung einer neuen Vermögensteuer für die Länder zur Finanzierung der wachsenden Bildungsaufgaben. Zu diesem Zweck wollen wir große Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro mit einer Vermögensteuer von jährlich 1 Prozent an der Finanzierung beteiligen. Da die Vermögensteuer keine Arbeitsplätze und auch keine Unternehmen gefährden soll, wollen wir im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang Betriebsvermögen begünstigen und zusätzliche Anreize für Investitionen schaffen. Somit stellen wir sicher, dass Investitionen nicht erschwert und die Substanz der Betriebe erhalten bleibt.

Mit einem Anteil von unter zwei Prozent an der Gesamtwirtschaftsleistung ist das Aufkommen der Unternehmensbesteuerung in Deutschland bereits jetzt sehr niedrig und das trotz des wirtschaftlichen Booms und hoher Unternehmensgewinne in den letzten Jahren.

Es kommt meiner Ansicht nach jetzt darauf an, die gegenseitige Blockade von Wirtschaftsministerium und Finanzministerium zu überwinden, die jeden Reformansatz erstickt.

Das sind für mich Wichtige Punkte in der Unternehmensbesteuerung, die wir auf europäischer und internationaler Ebene gemeinsam mit Frankreich voranbringen sollten:

* Steuersysteme international stärker zu harmonisieren, um den schädlichen Steuerwettbewerb zwischen den Ländern zu beenden.

<https://www.gruene-bundestag.de/themen/steuern>

* Jeder Konzern soll offenlegen, in welchem Land er Gewinne macht und wo er Steuern bezahlt

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/090/1809043.pdf> .

* Eine Anzeigepflicht für Steuersparmodelle, damit Finanzämter rechtzeitig über Steuervermeidungsmaßnahmen der Konzerne informiert werden.

* Ein Transparenzregister für Unternehmen gegen Steuerbetrug und Geldwäsche, um das Versteckspiel mit anonymen Briefkastenfirmen ein Ende zu machen.

* Den automatischen Informationsaustausch über Konteninformationen weltweit auszubauen und Staaten, die Steuerdumping betreiben auf schwarze Listen zu setzen.

* Gewinnverschiebungen aus Deutschland heraus in Steuersümpfe mit nationalen Maßnahmen zu bekämpfen, z.B. indem grenzüberschreitende Betriebsausgaben wie Lizenzausgaben steuerlich nicht mehr den Gewinn in Deutschland mindern

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/090/1809043.pdf>

.

Ziel unserer Steuerpolitik ist, dass alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einen fairen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Deshalb wollen wir gezielt kleine und mittlere Einkommen

durch eine Anhebung des Grundfreibetrags entlasten. Da die Anhebung des Grundfreibetrags grundsätzlich alle entlastet, wollen wir im Gegenzug eine moderate Anhebung des Spitzensteuersatzes. Ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare wird eine neue Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent eingeführt. Ab einem Einkommen von 250.000 bzw. 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem Spitzensteuersatz von 48 Prozent.

12) Wie stehen Sie zu der Forderung dass der 8. Mai zu einem bundesweiten gesetzlichen Feiertag erhoben wird?

Das wäre eine gute Idee.